

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen - Energiestrategie Brandenburgs ändern - Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strompreis reagieren

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Analyse und Berechnung zu den finanziellen Belastungen der privaten und gewerblichen Nutzer zu erstellen, die sich aufgrund der steigenden Netzentgelte ergeben. Diese ist dem Landtag bis zum 31.03.2017 vorzulegen. Dabei ist die Mehrbelastung für die Jahre 2017 bis 2030 zwischen der Preisentwicklung bei bundesweit einheitlichen Netzentgelten einerseits und der tatsächlich bestehenden Netzentgeltverteilung andererseits zu ermitteln.
2. Zugleich wird die Landesregierung beauftragt, bis zum 30.06.2017 eine Analyse der sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die Energiestrategie 2030 vorzulegen. Diese Analyse soll zum Ziel haben, die durch die nun zu erwartende Steigerung der Netzentgelte erfolgende Mehrbelastung der Nutzer auszugleichen. Hierbei sind ergebnisoffen auch grundlegende Änderungen der Energiestrategie 2030 einschließlich der Ausbauziele für Windenergieanlagen zu prüfen.

Begründung:

Wie bekannt, weist das Land Brandenburg mit rund 3.300 Windenergieanlagen (WEA) die zweithöchste Zahl aller Bundesländer auf. Diese soll entsprechend der Energiestrategie 2030 der Landesregierung noch verdoppelt werden.

Die aufgrund der EEG-Umlage und der steigenden Netzentgelte bewirkte massive Strompreissteigerung war mehrfach Gegenstand von Anträgen, Anfragen und Debatten im Landtag. Richtig ist, dass die Meinungen und Positionen durch die Fraktionen und Gruppen hinweg klar und dezidiert ausgetauscht sind.

Richtig ist aber auch, dass Ministerpräsident Dr. Woidke im Zuge der Verhandlungen mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel **versprochen** hat, sich für eine Entlastung der neuen Bundesländer zumindest im Bereich der Netzentgelte einzusetzen. Ziel war es, eine gleichmäßige Verteilung der Netzentgelte zwischen allen Bundesländern zu ermöglichen.

So erklärte unser Ministerpräsident im Hinblick auf die ungleiche Lastenverteilung zwischen alten und neuen Bundesländern in der MAZ am 12.05.2016:

„Es kann nicht sein, dass die Länder, die am meisten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien tun, dafür bestraft werden.“ Und weiter: „Das trifft jeden Stromkunden, und ist ein Standortnachteil für die Wirtschaft.“

Ebenso erklärte der Regierungschef im Hinblick auf ein mögliches Scheitern der Reform:

„Wenn es keine fairere Verteilung der Kosten gibt, werden wir prüfen, ob wir unsere Ausbauziele noch einhalten können.“ Das sei keine Drohung, sondern ein **Versprechen**.

Nunmehr stehen die Ergebnisse der Verhandlungen fest. Wie die FAZ am 06.01.2017 (*Ostdeutschland bleibt auf hohen Stromkosten sitzen*) berichtet, ließ Bundeswirtschaftsminister Gabriel die Reformverhandlungen abbrechen. Es verbleibt somit bei der einseitigen Belastung der neuen Bundesländer und somit auch Brandenburgs. Die Planungsgrundlage, nämlich gleichmäßig verteilte Netzentgelte zu schaffen, ist weggefallen, auf Brandenburg kommen stärkere Belastungen zu als durch die Landesregierung ursprünglich angenommen und eingeplant.

Da somit die Voraussetzungen des **Versprechens** des Ministerpräsidenten eingetreten sind, gilt es, konkrete Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Netzentgelte bleiben in Brandenburg am höchsten, was den deutschlandweit teuersten Strom nach sich zieht. Eine zu Gunsten Ostdeutschlands erfolgende Neujustierung ist nicht zu erwarten.

Daher soll die Landesregierung beauftragt werden, die sich ergebenden Mehrbelastungen für Verbraucher und Brandenburger Unternehmen zu ermitteln (bis 31. März). Dabei sind die Unterschiede zwischen der Preisentwicklung bei einem (von der Landesregierung beabsichtigten) bundesweit einheitlichen Netzentgelt einerseits und den nunmehr eintretenden Gegebenheiten andererseits für die nächsten Jahre gegenüberzustellen.

In Ergebnis dieser Analyse soll sodann, wie vom Ministerpräsidenten **versprochen**, ein Konzept zur Veränderung der Energiestrategie 2030 vorgelegt werden (bis 30. Juni). Dabei sollen auch, wie vom Ministerpräsidenten **versprochen**, die Ausbauziele überprüft werden.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe